

renew
europe.



ICH SPRECHE EUROPÄISCH

Ulrike Müller

Jahresrückblick 2019/2020



Ich spreche europäisch!

Liebe Leserinnen und Wähler,
werte Freundinnen und Weggefährten,
sehr geehrte Bürgerinnen und Europäer,

ich freue mich, Ihnen meinen Jahresrückblick 2019/2020 vorzulegen. In dieser denkwürdigen Zeit habe ich wirklich das Gefühl, nicht nur Zeugin historischer Ereignisse zu werden, sondern diese als Europaabgeordnete aktiv mitzugestalten. Die zweite Jahreshälfte 2019 stand unter dem Zeichen des drohenden und am 31. Januar 2020 tatsächlich vollzogenen Brexit. Nahtlos schloss daran die Corona-Pandemie an, über die wir im Parlament am 29. Januar erstmals debattierten und die uns bis heute in Atem hält.

Dass darüber hinaus viele andere Themen wichtig waren und ihren Raum bekommen haben, können Sie in dieser Broschüre nachlesen. Ich war und bin mit großer Energie an der Modernisierung der europäischen Agrarpolitik beteiligt. Ich kämpfe dafür, dass große Programme wie der Green Deal und Next Generation EU so

ausgestaltet werden, dass sie in der Fläche Gutes bewirken für kleine und mittlere Unternehmen und bäuerliche Betriebe, für die Menschen und Kommunen vor Ort. Lesen Sie hier über meine Initiativen für Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit, für Demokratie und Bürgerbeteiligung. Delegationsreisen und andere persönliche Highlights sind ebenso dabei wie unbequeme Entscheidungen, die ich mir selbst und meiner Politik der Aufrichtigkeit schulde. Pünktuell greife ich pro Monat ein paar Ereignisse heraus, die für meine politische Arbeit wichtig waren und anhand derer ich Ihnen einen Einblick in mein Wirken und meine Werte vermitteln möchte. Das kann immer nur ein Ausschnitt sein.

Bei all dem bin ich jeden Tag aufs Neue dankbar dafür, in „Unserer Heimat Europa“ zu leben. Ich werde nicht müde, dieses historische Projekt der

Befriedung und Vereinigung eines Kontinents zu loben und die Einheit der Europäer zu beschwören. Nie haben wir besser, sicherer und in größerem Wohlstand leben dürfen als im heutigen Europa. In diesem schwierigen Jahr 2020 haben uns die großartigen Erfahrungen europäischer Solidarität und die bitteren Momente der Isolation und Grenzsicherungen gleichermaßen vor Augen geführt, was wir an der EU haben und welches Potential weiterhin in dieser großartigen politischen Vision steckt.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre und grüße Sie sehr herzlich,

Ihre

Brüssel, im Herbst 2020

Unsere Heimat Europa Aufrichtigkeit gewinnt

Am 26. Mai 2019 ist Europawahl. Als Spitzenkandidatin der Freien Wähler reise ich unter dem Motto „Unsere Heimat Europa“ wochenlang durchs Land, um Wählerinnen und Wähler für Europa zu begeistern. Insgesamt nehme ich über 400 Termine wahr. Ich habe gute Begegnungen und wertvolle Gespräche mit spannenden Menschen. Unsere Politik der Aufrichtigkeit wird auch an den Urnen honoriert, und wir können unser Ergebnis von 1,5 Prozent (2014) auf 2,1 Prozent steigern. Die hohe Wahl-

beteiligung ist ein klares Zeichen, dass die Menschen die Bedeutung der EU und die Wichtigkeit dieser Wahl 2019 erkannt haben.

Ich brenne für das Projekt eines in Frieden vereinten Europas und werde nicht müde zu betonen: Europa lohnt sich! Trotz aller Unzulänglichkeiten und Fehler ist die EU das wichtigste Friedensprojekt aller Zeiten. Jede/r Deutsche hat rund Tausend Euro pro Jahr mehr in der Tasche: dank des freien

Verkehrs von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital in der EU. Und in einer so einschneidenden Krise wie der Corona-Pandemie erweist sich (nach kurzen Anlaufschwierigkeiten) sowohl die europäische Solidarität wie auch der EU-Binnenmarkt als tragfähig. Nie zuvor haben wir so in Sicherheit und Wohlstand gelebt wie in der heutigen EU. Dass diese Sicherheit fragil ist, zeigt uns die weltpolitische Lage jeden Tag. Umso mehr lohnt es sich, für diese Heimat Europa zu kämpfen!



Im Mandat 2014–2019 habe ich Europapolitik spürbar im Interesse der Menschen beeinflussen können. Wir haben etlichen Gesetzen unseren Stempel aufgedrückt: Bürokratieabbau, Transparenz, Bürgerbeteiligung. Ich konnte für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz viel erreichen und habe mich stark für kleine und mittlere Unternehmen eingesetzt. Meine Linie einer bürgernahen, ehrlichen und sachorientierten Politik werde ich in den kommenden fünf Jahren weiterverfolgen und nach Kräften an der demokratischen Erneuerung der EU mitarbeiten.

Der Name ist Programm: Renew Europe! Die Fraktion formiert sich unter neuem Titel

Aus meiner bisherigen Fraktion wird nach der Europawahl Renew Europe. Die ALDE schließt sich mit anderen Gruppen zusammen, darunter die französische „Renaissance“-Bewegung / „La République en Marche“ von Emmanuel Macron. Europa erneuern: Das ist unser Ziel. Wir stellen die drittstärkste Gruppe im Parlament und sind ganz klar pro-europäisch

eingestellt. Aus Deutschland sind die FDP und Freie Wähler mit fünf bzw. zwei Abgeordneten in Renew Europe vertreten. Unser Vorsitzender ist der ehemalige rumänische Premierminister Dacian Cioloș, der als früherer EU-Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung die europäischen Institutionen aus dem Effeff kennt. In dieser liberalen und pro-euro-

päischen Fraktion der Mitte arbeite ich an vielen Themen: beispielsweise für Bürgerbeteiligung, kleine und mittlere Unternehmen und die Zukunft der gemeinsamen Agrarpolitik.





Juli 2019

Politisches Know-how von Frauen für Frauen Transnationale Kooperation von Politikerinnen

Auf Einladung der Hanns Seidel Stiftung reise ich vom 11. bis 14. Juli nach Marokko. Ich bin Teil einer parteiübergreifenden Gruppe von Parlamentarierinnen aus dem Europaparlament, dem Deutschen Bundestag und dem Bayerischen Landtag. Das Mentoring-Programm will die Teilhabe von Frauen in Politik und Gesellschaft stärken und Frauen auf politische Führungsaufgaben vorbereiten. Sie sollen für ihre Rechte sensibilisiert werden und sich ihres Potentials als „game changer“ bewusst werden. Wir teilen Erfahrungen zur Außendarstellung von Mandatsträ-

gerinnen und zur Rolle der Kommunalpolitik und bauen ein interkulturelles Netzwerk zwischen Deutschland und Marokko auf.

Wir beraten beispielsweise, wie Regionalisierung und Dezentralisierung auch die Rolle der Frauen stärken könnte, und tauschen Best-Practice-Beispiele aus. Marokko ist in mancherlei Hinsicht sehr fortschrittlich – das zeigt die Frauenquote im Parlament von 30 Prozent. Ein Wert, den der Bundestag knapp erreicht und den viele deutsche Landesparlamente eklatant unterbieten.

Ein besonderes Highlight ist der Empfang beim Parlamentspräsidenten und der Besuch im Mausoleum – ein Privileg, das normalerweise nur Mitgliedern des Königshauses und Staatsgästen zuteil wird, und eine offene Wertschätzung für unsere Themen und unser Netzwerkprojekt. Ich nehme von den Tagen in Rabat und den Begegnungen mit beeindruckenden Frauen für die Politik viele Anliegen mit – für die internationale Arbeit, aber auch für mich persönlich.

Spitzenkandidatensystem bleibt auf der Strecke Ursula von der Leyen wird Kommissionspräsidentin



Es war ein Wahlversprechen an die Bürgerinnen und Bürger der EU: Wer die Europawahl gewinnt, solle der neuen Kommission vorsitzen. Das System der Spitzenkandidaten auf europäischer Ebene, für das ich mich im Wahlkampf immer ganz klar ausgesprochen habe.

Doch bald ist klar, dass diese Zusage an Demokratie und Bürgernähe nicht länger gilt. Nach tagelangem Ringen und Absprachen hinter verschlossenen Türen schlugen die Staatschefs Ursula von der Leyen als Kommissionspräsidentin vor. Es gibt Proteste von Abgeordneten des Parlaments, der einzigen wirklich demokratisch gewählten Institution in der EU. Dennoch wird von der Leyen am 16. Juli zur Präsidentin der Kommission gewählt. Sie besetzt die Posten ihrer Stellvertreter mit den Spitzenkandidaten der anderen Parteien, so zum Beispiel mit unserer ALDE-Kandidatin Margrethe Vestager, die nun

für das Ressort „A Europe fit for the Digital Age“ verantwortlich ist. Am 27. November wird die gesamte Kommission vom Europaparlament abgeseigert. Mit dem Green Deal (Dezember 2019) und dem Mammut-Investitionsprogramm „Next Generation Europe“ (Juli 2020) hat Europa seither zukunftsweisende Programme auf den Weg gebracht. Das gibt uns Planungssicherheit, gerade für den ländlichen Raum. Zugleich geht es um weit mehr: Für mich stehen europäische Verlässlichkeit und Solidarität im Mittelpunkt. Europa kann sich nur als Ganzes entwickeln und seine Zukunft positiv gestalten.

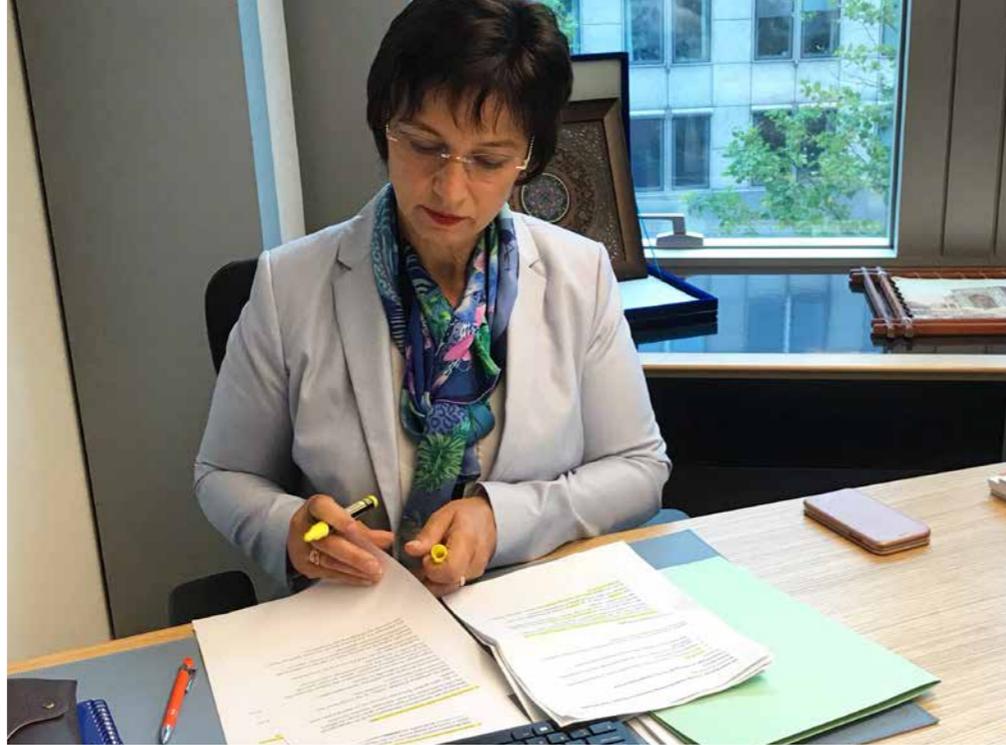
»

Parlamente sind die Herzkammer unserer Demokratie.

In einer demokratischen Gesellschaft kommt es auf jeden von uns an. Demokratie ist mir eine Herzensangelegenheit, Überzeugung und klare Haltung. All unser Handeln muss geprägt sein von Solidarität, Toleranz und Gerechtigkeit. Extremistisches Gedankengut darf keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Jeden Tag aufs Neue müssen wir unsere Rechte und die Errungenschaften verteidigen. Setzen wir gemeinsam ein Zeichen für die Vielfalt in Europa!

Am 15. September ist der Internationale Tag der Demokratie.

#europa #vielfalt #toleranz #gerechtigkeit



WUSSTEN SIE SCHON?

SIE KÖNNEN ONLINE EINE PETITION EINREICHEN UND SICH MIT IHREN ANLIEGEN DIREKT ANS EUROPÄISCHE PARLAMENT RICHTEN.

Es ist ein Grundrecht der Unionsbürger: das Petitionsrecht. Jede/r kann individuell oder in einer Gruppe eine Petition an das Europäische Parlament richten. Eine Petition kann als Beschwerde oder Ersuchen daher kommen und öffentliche Angelegenheiten oder auch Privates betreffen. Scheuen Sie sich nicht,

eine Petition ans Europäische Parlament zu richten! Sie geben so dem Parlament die Chance, auf Verletzungen der Rechte eines Unionsbürgers aufmerksam zu machen und Missstände idealerweise zu beheben.

Petition hier [einreichen](#):



Ich bleibe meinen Themen treu: Landwirtschaft, Umwelt, Petitionen Arbeit in den Ausschüssen

Nach der Sommerpause organisiert sich die Arbeit in den Ausschüssen. Im neuen Mandat bin ich in dreien vertreten: Als Vollmitglied sitze ich im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI) sowie im Ausschuss für Petitionen (PETI). Stellvertretendes Mitglied werde ich im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI). Ich freue mich sehr, dass ich in diesen Ausschüssen meine kombinierte Arbeit an den Schnittstellen von Landwirtschaft und Umwelt fortsetzen kann.

Ich will mich für sachgerechte und wissenschaftsbasierte Lösungen einsetzen, die die Belange von Produzenten, Konsumenten und der Umwelt berücksichtigen. Im AGRI ist die Neuordnung der Gemeinsamen Agrarpolitik die bestimmende Aufgabe, und meine Stimme findet hier Gehör, insbesondere auch als agrarpolitische Sprecherin der Renew Gruppe. Im ENVI sind die Schwerpunkte meiner Arbeit weiterhin der Klimaschutz, der Verbraucherschutz und Themen rund um nachhaltige Mobilität. Den PETI konnte ich im letzten Mandat

als Vertreterin des ENVI im Petitionsnetzwerk kennenlernen. Nach diesen positiven Erfahrungen bin ich hoch motiviert, mich auf diesem Feld noch stärker einzusetzen. Die Partizipation der Bürger hat für mich hohe Priorität. Mit Petitionen können Bürger ihre Anliegen direkt an die Europapolitik richten. Gut angewendet sind sie ein wichtiges Instrument für mehr Bürgerbeteiligung – ein Kernanliegen meiner Politik!

Kein Brexit wäre der beste Brexit Brexit-kritische Resolution im Europaparlament

Der Brexit ist 2019 das bestimmende Thema. Nach der Europawahl sitzen fast zwei Drittel neue Abgeordnete im Parlament. Deshalb will die neu konstituierte Versammlung ihre Position zum Brexit definieren und ein klares Signal nach London senden. Wir verabschieden am 18. September eine Resolution zum drohenden EU-Austritt des Vereinigten Königreichs. Wir beziehen klar Position, dass der vorliegende Austrittsvertrag fair und ausgewogen ist und die beste Option darstellt. Eine harte

Grenze zwischen Nordirland und der Republik Irland muss um jeden Preis vermieden werden. Dabei richtet sich die klare Linie des Parlaments nicht gegen Großbritannien – vielmehr müssen und wollen wir die Einheit der EU-27 wahren und solidarisch an der Seite der Menschen in Nordirland und Irland stehen. Alle pro-europäischen Kräfte in Großbritannien verdienen Unterstützung, insbesondere meine Fraktionspartner, die Liberal Democrats. Sie sind die pro-europäische Partei auf der

Insel und zeigen den einzig sinnvollen Weg auf: Stop Brexit. Doch es kommt anders: Am 31. Januar 2020 tritt das Vereinigte Königreich aus und wir verabschieden unsere britischen Kolleginnen und Kollegen.

Oktober 2019

Der Gipfel der Einsatzbereitschaft Gipfeltreffen der Einsatzleiter 2019



Es ist mir erneut eine große Ehre, die Schirmherrschaft fürs Gipfeltreffen der Einsatzleiter 2019 zu übernehmen. Am 6. Oktober treffen sich über 90 Einsatzleiter der Blaulichtkette auf dem Fellhorn in Oberstdorf. Die Retter bilden sich zu diversen Themen fort, zum Beispiel zur Entscheidungsfindung in kritischen Situationen und modernen interdisziplinären Ausbildungskonzepten. Es beeindruckt mich immer wieder aufs Neue, was hier in den Ämtern geleistet wird: großes persönliches Engagement, oft auch verbunden mit einem hohen Risiko. Die Bereitschaft, sich für andere einzusetzen, sich fortzubilden, auch am Wo-

chenende und nachts bereitzustehen – all das ist überhaupt nicht selbstverständlich. Dem gilt mein größter Respekt und meine wirklich tief empfundene Bewunderung. Ich schicke ein großes Danke an alle, die sich für ihre Mitmenschen tagtäglich engagieren!



Kommissar im zweiten Anlauf Janusz Wojciechowski wird Agrarkommissar

Seine erste Befragung am 1. Oktober läuft nicht gut, doch nach einer zweiten Anhörung am 8. Oktober geben wir im Agrarausschuss grünes Licht: Agrarkommissar Janusz Wojciechowski braucht zwei Anläufe, um ins

Amt zu kommen. Mit seiner Vision der künftigen Gemeinsamen Agrarpolitik sichert er sich unsere Zustimmung, außerdem war er selbst einmal EU-Abgeordneter und als solcher auch im Agrarausschuss. Er kennt und versteht also die Prozesse im Europaparlament. Der Agrarkommissar muss den Sektor zukunftssicher machen, indem er Herausforderungen wie den Klimawandel angeht, unsere jungen Landwirte unterstützt und Innovation und Wettbewerbsfähigkeit fördert.

Ich beobachte seine Arbeit genau und erwarte von ihm, dass er die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik schnell umsetzt – dann kommt jedoch Corona und verzögert alle Pläne, auch jene für die Landwirtschaft und den siebenjährigen Finanzrahmen. Wojciechowski hat Übergangsregeln vorgelegt, die gut vorankommen; dagegen sperrt sich bisher nur die Kommission, doch es wird unausweichlich sein, diese Regeln auf zwei Jahre auszuweiten.

November 2019

Einzigartige Nord-Süd-Brücke 38. ACP-EU Vollversammlung



Ich bin Mitglied der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU, die EU-Abgeordnete mit gewählten Vertretern afrikanischer, karibischer und ozeanischer Staaten zusammenbringt. Diese Einrichtung ist einzigartig auf der Welt. Sie fungiert als Brücke zwischen Nord und Süd und fördert den Dialog zu Themen wie Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Die Vollversammlung tritt zweimal jährlich, abwechselnd in einem AKP-Staat und einem EU-Mitgliedsland, zusammen. Vom 17. bis 21. November 2019 bin ich Teil der EU-Delegation zu einem Treffen mit rund 500 Teilnehmern in der

ruandischen Hauptstadt Kigali. Klimawandel, Nahrungsmittelsicherheit, Migration, nachhaltiges Wachstum und die Zukunft unserer Beziehungen sind die Themen auf der Agenda. Weitere Schwerpunkte sind die Förderung der aktiven Beteiligung junger Bürger am öffentlichen Leben, soziale Medien sowie die nachhaltige Industrialisierung und Digitalisierung der AKP-Staaten. Ich nehme an der Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Entwicklung, Finanz- und Handelsfragen teil, der über einen Bericht zur nachhaltigen Industrialisierung und Digitalisierung abstimmt. Ich spreche über Herausforderungen und Chancen der wirtschaftlichen Diversifizierung und Nahrungsmittelsicherheit in der nachhaltigen Landwirtschaft.



Ich diskutiere über Migration, nachhaltiges Wachstum und (Mikro-)Kredite für kleine Unternehmen und Start-ups. Aus Protest sagen wir unsere Teilnahme bei einem Frauenforum ab, das die Ermächtigung von Frauen zu politischer Führung diskutieren soll – die Vertreterinnen wichtiger örtlicher NGOs werden jedoch von den Veranstaltern nicht zugelassen. Überaus interessant sind die Exkursionen zu einem EU-finanzierten Gartenbauprojekt und in ein Dorf, das rund 240 Familien beherbergt, die aufgrund extremer Bedrohung durch Naturkatastrophen aus der Umgebung von Kigali umgesiedelt werden mussten.

Transformation zur CO₂-neutralen Gesellschaft Notstandsrhetorik erscheint problematisch

Am 28. November ruft das Europaparlament den Klima- und Umweltnotstand aus. Ich stelle mich gegen diese Entscheidung und gebe eine Abstimmungserklärung mit Begründung ab. Ich lehne die Begrifflichkeit des „Notstands“, auf Englisch „Climate Emergency“, ab. Den damit verbundenen Alarmismus unterstütze ich nicht. Der Klimawandel ist eine große Herausforderung, auf die wir reagieren müssen. Alarmismus führt aber dazu, dass keine sachliche Dis-

kussion geführt werden kann. Ich halte die Begrifflichkeit vor allem auch deshalb für problematisch, weil mit der Verhängung eines Notstands üblicherweise demokratische Entscheidungsprozesse außer Kraft gesetzt werden. Ein Notstand rechtfertigt das Ergreifen von Extremmaßnahmen. Die Transformation unserer Gesellschaft hin zur CO₂-Neutralität kann aber nur durch einen demokratischen Prozess und den damit verbundenen Interessenausgleich gelingen.

Hier [finden Sie meine Erklärung zu dieser Position](#)



Europa war eine Frau! Medienaktion für mehr Geschlechtergerechtigkeit

Im November 2019 starte ich eine Postkarten- und Plakataktion, die auf die Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern hinweist. Es geht um den sogenannten Gender Pay Gap, das Gehaltsgefälle zwischen den Geschlechtern, um Altersarmut von Frauen und geschlechtsbedingte Gewalt. Wir erinnern aber auch an große Europäerinnen wie Simone Weil, die bahnbrechend wirkten, aber keinen ebenbürtigen Platz im kollektiven Bewusstsein der Europäer haben.

Solange keine echte Geschlechtergerechtigkeit in unserer Gesellschaft herrscht, sind wir von wirklicher Demokratie noch weit entfernt.

Das Europaparlament und die Renew-Gruppe sind besorgt über die Lage der Frauenrechte in Europa. Die Diskriminierung von Frauen nimmt in etlichen Mitgliedsstaaten zu. Es gibt Bestrebungen, Frauenrechte zu beschränken und ein konservatives Rollenmodell zu propagieren. Frauenorganisationen kommen nur schwer an Förderungen. Kampagnen gegen Geburtenkontrolle und Sexualkunde und zunehmender Sexismus im Netz sowie sexuelle Gewalt – physisch oder verbal – sind nur einige Beispiele für diese Tendenzen. Das Europaparlament nennt die Slowakei, Polen, Ungarn, Frankreich und eben auch Deutschland als Länder, in denen „Geschlechter-Ideologie“ und

frauenfeindliche Rhetorik auf dem Vormarsch sind. Diese Entwicklung läuft in eine vollkommen falsche Richtung. Es ist die Aufgabe der EU und jedes einzelnen Mitgliedsstaates, geschlechtsspezifische Diskriminierung und Gewalt abzuschaffen. Die geltende EU-Gesetzgebung zur Gleichstellung muss in jedem europäischen Land konsequent umgesetzt werden. Jede Form von Diskriminierung, Gewalt oder Nötigung ist ein Hindernis für die Gleichstellung und Ermächtigung von Frauen und Mädchen. Wir brauchen einen kulturellen Wandel, um Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern zu erreichen und zu garantieren.

Europa war eine Frau!

Eben. So einzigartig kann keine Gründungsgeschichte sein. Vergessen wir bei all den Adenauers und Schumans, Kohls und Monners nicht große Europäerinnen wie Simone Weil und Louise Weiss!

Die französische Politikerin Simone Weil (1907-2017) wurde 1979 die erste Präsidentin des ersten direkt gewählten Europäischen Parlaments. Louise Weiss (1869-1963) war mit 86 Jahren die älteste gewählte Abgeordnete und hielt als Alterspräsidentin die Eröffnungsrede des Parlaments. Das Hauptgebäude des Europaparlaments in Straßburg ist nach ihr benannt.

Wir Europäerinnen und Europäer verdanken diesen beiden Frauen viel – ebenso wie allen anderen Frauen, die sich im 20. Jahrhundert für Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit, gegen Demagogie, Faschismus und Gewalt eingesetzt haben.

Echte Demokratie geht nur mit gerechter Repräsentation

Frauen stellen über die Hälfte der Bevölkerung dar, sie sind aber in der Politik unterrepräsentiert. Im Landtag von Sachsen-Anhalt sitzen nur 21,8 Prozent Frauen – beim Spätereiler Landtag sind es immerhin 38 Prozent. Der Bundestag hat einen Anteil von gerade mal 31,2 Prozent Frauen, während das Europaparlament auf 41 Prozent kommt.

Frauen verdienen einen gleichberechtigten Platz in der Gesellschaft, in der Politik, in der Geschichte.

Wählen gehen. Frauen eine Stimme geben.

WIE VIELE KRÖTEN GEH'N DIR FLÖTEN?

Auf den "Gender Pay Gap" folgt der "Gender Pension Gap!"

Frauen verdienen 2016 in der EU im Schnitt 16 Prozent weniger als Männer. Deutschland liegt mit 22 Prozent weit über dem EU-Durchschnitt. Mit anderen Worten: Für jeden Euro der Männer bekommen Frauen in der EU nur 84 Cent, in Deutschland sogar nur 78 Cent.

Auf diesen "Gender Pay Gap" während der Berufstätigkeit folgt unweigerlich der "Gender Pension Gap", wenn das Rentenalter erreicht ist. In den westlichen Bundesländern hatten Frauen 2016 nur 700 Euro Rente. In Ostdeutschland hatten sie immerhin 100 Euro mehr, weil Frauen in der DDR als Mütter nicht aus dem Beruf aussiegen.

Armutsalten gibt es viele: schlecht bezahlte Frauenberufe, Teilzeitarbeit, Kindererziehung, Hauspflege von Angehörigen. Mütter verzichten auf Geld: während der Kindererziehung, dann während der Teilzeitarbeit – und schließlich in der Rente. Eine gut verdienende Frau verliert als Mutter mehrere hunderttausend (!) Euro für ihre Altersversorgung.

Gleichberechtigung ist ein Grundwert der Europäischen Union

Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist ein Grundwert der Europäischen Union. Schon der Vertrag von Rom enthielt eine Bestimmung über Lohngleichheit. Die EU-Kommission fördert die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen und die Verringerung der Lohn- und Rentenunterschiede. Nur so können wir die Altersarmut von Frauen bekämpfen.

www.fw-europa.com

Die Kampagne der Europaabgeordneten ANBE Ulrike Meyer, Irene Völken.

Dezember 2019

Ein „Green Deal“ für ein nachhaltigeres Europa Parlament verbessert Kommissionsvorschlag

Am 11. Dezember 2019 stellt die Kommission in einer außerordentlichen Plenarsitzung des Europaparlaments ihren „Green Deal“ vor. In diesem Kontext definiere ich drei Prioritäten: eine Forststrategie für die vom Klimawandel besonders betroffenen Wälder, eine Strategie für nachhaltige Lebensmittel sowie technologie-offene Lösungen für

eine nachhaltige Mobilität. In den kommenden Wochen diskutieren wir viel über die Details des Programms. Das Parlament verabschiedet am 15. Januar 2020 eine Resolution zum Green Deal, die ausdrücklich die multifunktionale Rolle der Wälder und die Bedeutung ihrer nachhaltigen Bewirtschaftung nennt. Das ist eine klare Verbesserung

des Kommissions-Textes. Beim Kapitel Landwirtschaft und Nahrungsmittel liegt viel Verantwortung bei den Produzenten, während Strategien zur Lebensmittelkette und Verbraucherinformation nebulös bleiben. Wir brauchen hier aber konkrete Vorschläge, sonst bleibt die „Farm-to-Fork“-Strategie eine reine Farm-Strategie. Qualität und Nachhaltigkeit sind Markenzeichen bäuerlicher Landwirtschaft. Landwirte brauchen Unterstützung, um den steigenden Anforderungen zu Klima- und Umweltschutz gerecht werden zu können.



In Gemeinschaft gehst du weit Erfolgsgeschichte Städtepartnerschaften

Am 12. Dezember bin ich zu Gast in Thurnau, wo das zwanzigjährige Jubiläum der Städtefreundschaft mit dem italienischen Positano gefeiert wird. Ich halte die Festrede. Europa wäre nur ein leerer Begriff, wenn es nicht Tag für Tag von seinen Bürgerinnen und Bürgern gelebt würde. Genau darum geht es: sich diesen Kontinent der Vielfalt zur Heimat zu machen und ihn als Raum der Zugehörigkeit zu erleben. Den Blick über den eigenen Gartenzaun hinaus heben und mit einem europäischen Horizont Heimatgefühle entwickeln. Wie dies in bester Weise gelingen kann, das leben die Städte Thurnau und Positano seit 20 Jahren vor.

Städtepartnerschaften sind ein wichtiger Faktor des europäischen Zusammenwachsens. Seit 1945 sind rund 20.000 Städtepartnerschaften entstanden. Eine Studie der Bertelsmann Stiftung schätzt Partnerschaften durchweg positiv ein: Sie genießen einen hohen Stellenwert auf kommunaler Ebene und sind über viele Jahre hinweg stabil. Zugleich sind sie flexibel, denn sie entwickeln neue Formate für neue Zeiten, zum Beispiel Praktikantenaustausch oder Tagungen und Konferenzen. Sie erreichen alle Bevölkerungsschichten, unabhängig von Alter oder Bildung. Rund ein Viertel der Beteiligten sind unter 30 Jahre alt, und man erreicht auch diejenigen, die sich sonst nicht für Europa interessieren.

Der besondere Wert liegt dabei in der persönlichen Begegnung und dem Kennenlernen anderer Lebensrealitäten. Das gelingt offenbar auch mit geringen Sprachkenntnissen, denn andere Teilnehmer, moderne Übersetzungs-Apps oder die Weltsprache Englisch machen die Partnerschaft zu einem echten europäischen Gemeinschaftserlebnis. Niemand muss besonders polyglott oder hoch gebildet sein, um auf diese Weise Europa zu leben und von Europa zu profitieren. Jede und jeder aber kommt mit ein paar neuen Brocken Sprachkenntnis und einem aufgefrischten Kulturverständnis, also ein bisschen europäischer von solchen Reisen zurück!



Bürgernähe und Transparenz Besuchergruppen im Europaparlament

Bürgernähe ist der Kern meiner politischen Arbeit. Getreu diesem Motto empfangen ich immer wieder Besuchergruppen im Parlament und nehme mir Zeit für ihre Anliegen. Im Dezember habe ich eine Gruppe aus dem Oberallgäu zu Gast, überwiegend Freie Wähler, darüber hinaus auch andere politisch Interessierte. Ich gebe ihnen Einblick in die Strukturen des Europaparlaments und meine Arbeitsfelder als Abgeordnete, führe sie durchs Parlament und meine Büroräume. Dieser persönliche Kontakt zu mir, aber auch zum Parlament als der einzigen wirklich demokratischen Institution der EU ist extrem wichtig.

Wir müssen den Menschen nahebringen, wie der direkte Austausch der Politiker aus unterschiedlichen Ländern und der Ausgleich ihrer verschiedenen Sichtweisen und Interessen funktioniert. Ich kann als Abgeordnete wirklich spürbar Politik beeinflussen für unsere Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Gemeinden, für bäuerliche Betriebe, Mittelstand und Handwerk. Wir müssen das Europaparlament als demokratische und transparente Institution stärken. Nur über mehr Bürgerbeteiligung können wir Populismus und Nationalismus besiegen und in der EU solidarisch vereint sein.

Alles fließt Europäische Trinkwasserrichtlinie wird fit für die Zukunft

Am 18. Dezember erzielen wir in einer Marathonsitzung spät nachts eine Einigung zur europäischen Trinkwasserrichtlinie. Damit kommt der sogenannte Trilog zu einem erfolgreichen Abschluss: In mehreren Runden zwischen Kommission, Rat und Parlament wird die veraltete Richtlinie aktualisiert. Ich begleite den gesamten Prozess als Schattenberichterstatterin meiner Fraktion und kann wichtige Anliegen im Interesse der kommunalen Wasserversorger durchsetzen. Verbraucherschutz und -information werden verbessert. Ich bringe den Auftrag an die Kommission ein, eine Methodologie zur Messung von Mikroplastik zu entwickeln. Erstmals werden Kontaktmaterialien europäisch einheitlich reguliert und Prüflisten auf den aktuellen Stand der Wissenschaft gebracht. Wir wollen das Vertrauen der Menschen in die Qualität des Leitungswassers stärken und hoffen, dass dadurch zum Beispiel die Zahl der Einwegflaschen zurückgeht.

Januar 2020

Gemeinsame Agrarpolitik der Zukunft EU schafft langfristig Planungssicherheit

Mitte Januar 2020 gehen hierzulande die Bauern auf die Straße. Ihre prekäre Lage ist kein europäisches, sondern ein deutsches Problem. Die EU-Agrarpolitik setzt den rechtlichen Rahmen fest, dessen Ausgestaltung in der Verantwortung nationaler Behörden liegt. Die öffentliche Debatte wird von einer urbanen Gesellschaft dominiert, in der eklatante Wissenslücken bestehen, was

landwirtschaftliche Kreisläufe betrifft. Berechtigte Kritik an der industriellen Landwirtschaft trifft auch Bauern mit kleinen und mittleren Betrieben und den gut ausgebildeten Landwirten wird oft kein Raum gegeben, um die Realität auf ihren Betrieben korrekt darzustellen. Als agrarpolitische Sprecherin der Renew Europe-Gruppe gestalte ich im Agrarausschuss die Gemeinsame

Agrarpolitik der Zukunft mit und setze mich für die Interessen der regionalen bäuerlichen Landwirtschaft ein. Land- und Forstwirtschaft brauchen Planungssicherheit für mindestens ein Jahrzehnt – und genau diese Perspektive erarbeiten wir auf europäischer Ebene. Qualität und Umweltschutz sind nicht zu Dumpingpreisen zu haben. Die Bauern-Familien stehen unter einem hohen sozialen und wirtschaftlichen Druck, und dabei sind sie doch die ersten, die ein Interesse an Nachhaltigkeit und Bewahrung der Natur haben. Es geht um ihre Lebensgrundlage.



Networking, Austausch und die allerneuesten Informationen: Das ist für mich die Grüne Woche. Die internationale Ausstellung für Ernährung, Landwirtschaft und Gartenbau vom 17. bis 26. Januar 2020 bietet mir die Möglichkeit, in zwangloser Atmosphäre agrarpolitische Positionen abzustecken und bei den bayerischen Erzeugern regionale Spezialitäten der Spitzenklasse zu genießen.

Februar 2020

Starke Frauen, starke Regionen

Landfrauen leben regionale Kultur und Tradition

„Starke Frauen – Starke Regionen“: Unter diesem Motto steht der Landfrauentag am 14. Februar in Altötting. Regionale Kultur hat den Frauen viel zu verdanken und kann nur so stark sein, wie wir – die Frauen – es sind. Landfrauen pflegen regionale Kultur. Wir bewahren wertvolle lokale Traditionen. Wir stehen für sozialen Zusammenhalt und sind das Herz von Hof und Familie. Auf uns liegt eine große Ver-

antwortung für die bäuerliche Landwirtschaft in den ländlichen Regionen. Das Europa der lebendigen Regionen mit seinem Reichtum in der Vielfalt ist ohne Landfrauen nicht zu denken, denn sie schaffen lebendige Gemeinschaft, pflegen Netzwerke und bieten Möglichkeit zum direkten, gelebten Austausch. Landfrauen bilden und ermächtigen andere Frauen, pflegen das Ehrenamt und sind sozial engagiert.

Sie vertreten die Interessen der Frauen im ländlichen Raum über alle Generationen und über verschiedene Berufsgruppen hinweg. Europapolitik findet nicht nur in Brüssel und Straßburg, in Berlin oder den Landeshauptstädten statt. In all diesen Aktivitäten der Landfrauen realisiert sich der demokratische Geist, ohne den die EU nur ein nüchterner Staatenbund wäre.



Unter dem Motto „Landwirtschaft und Lebensmittelhandel – Partner oder Gegner?“ spreche ich am 19. Februar 2020 in Erlangen auf dem Agrartag der bayerischen Genossenschaftsorganisation.

Beste Beziehungen ans andere Ende der Welt

Delegationsreise nach Australien und Neuseeland

Australien und Neuseeland stehen uns in der EU schon aufgrund ihrer Werte sehr nahe, die Beziehungen sind ausgezeichnet und der Handel floriert. Ich bin seit dieser Legislatur die Vorsitzende der Parlamentsdelegation für die Beziehungen zu Australien und Neuseeland (DANZ). Delegationen aus „down under“ waren schon zum Besuch in Europa. Im Mittelpunkt stand der Handel, aber auch die politische Situation sowie Themen wie Klimawandel und Sicherheit.

Im Februar 2020 war ich selbst Teil einer Delegationsreise. Zuerst ging es zu Meetings nach Auckland und Wellington, dann weiter nach Canberra und Melbourne. Ich habe das Programm als Delegationsvorsitzende mitgestaltet und führte seitens der europäischen Delegation das Wort. Wir haben unsere Beziehungen im Bereich der Umwelt- und Finanzpolitik, der Bildung und Kultur, in Fragen des Handels und der Digitalisierung weiter gestärkt.



März 2020

Das Jahresthema: #Corona

Das Parlament diskutiert zahlreiche Notfallmaßnahmen

Im März tritt das Ereignis ein, das den Rest dieses Jahres 2020 bestimmen wird: der Corona-Shutdown in ganz Europa. Bereits am 29. Januar hat sich das Europaparlament mit dem Corona-Ausbruch befasst. Am 12. Februar diskutieren wir die Wahrung von Grundrechten und die Koordinierung einer europäischen Antwort auf die Pandemie. Dann folgt am 10. März ein Sonderplenar, das nur ein erster Aufschlag ist – es folgen eine ganze Reihe von Plenardebatten und die Verabschiedung zahlrei-

cher Notfallmaßnahmen und Budgets. Es geht um koordinierte Reaktionen auf die gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen, die Funktionsfähigkeit der europäischen Krisenmechanismen, um den mehrjährigen Finanzrahmen und Investitionsprogramme, um Apps zur Kontaktverfolgung, um Impfstoffe und Heilmittel, um Fake News und die Auswirkungen auf die Außenpolitik, um Grenzgänger und Saisonarbeitskräfte und den Schutz systemrelevanter Sektoren.



Europäisches Klimagesetz

Das Fundament für effektiven Klimaschutz

Am 4. März debattieren wir über den Vorschlag über ein Europäisches Klimagesetz, das die Kommission mit dem Green Deal angekündigt hatte. Am 3. und 9. Juni bearbeiten wir in den Ausschüssen für Umwelt (ENVI) und Landwirtschaft (AGRI) die Änderungsanträge, danach folgt die Phase

der Kompromissfindung. Im Herbst stimmt das Plenum ab. Schlussendlich unterstütze ich den Kommissionsvorschlag und stelle mich gegen die Änderungsvorschläge des Parlaments. Ich halte die eingebrachten Zwischenziele für nicht machbar und fordere Technologieneutralität und die bisher

geltenden Prinzipien des Emissionshandels. Die gesetzliche Verankerung der Reduzierung der Emissionen bis 2050 auf Null schafft klare Erwartungen, wir geben damit der Industrie die notwendige Planungssicherheit für langfristige Investitionen. Dieser Schritt ist notwendig und richtig.

April 2020

Ganze Arbeit

Den Agrarsektor durch den Corona-Schock bringen

Corona bestimmt meine Arbeit als Agrarpolitikerin. Sowohl der Agrarausschuss als auch die Renew-Gruppe innerhalb des AGRI wie auch ich als Abgeordnete, wir alle wenden uns mit Forderungen an die Kommission. Es gibt Sonder-Ausschusssitzungen mit Anhörungen des Agrarkommisars. Am 8. April, 23. April und 20. Mai organisiere ich mit meinem Team Videokonferenzen mit Stakeholdern

im Agrar- und Lebensmittelsektor. Renew will den von Corona geplagten Sektoren eine Plattform bieten, auf der sie die Abgeordneten über die Lage informieren und gleichzeitig ihre Sorgen und Wünsche loswerden können. Hochrangige Vertreter von einem guten Dutzend europäischer Verbände nehmen daran teil. Das Thema der Saisonarbeitskräfte, die wegen Grenzschließungen nicht mehr frei in der EU

reisen können, ist ebenfalls brisant. Hier appelliere ich an die Bundesregierung, die praktischen Lösungen, die die EU-Kommission Ende März anbietet, rasch umzusetzen. Die EU-Kommission fordert die Mitgliedstaaten mit Nachdruck dazu auf, spezielle unaufwendige Schnellverfahren einzuführen, damit ein reibungsloser Grenzübertritt für diese Grenzgänger gewährleistet ist.

Unser Partner bei Klimaschutz und Gesundheit

Strategie für nachhaltige Chemie

Zum Green Deal gehört eine Strategie für nachhaltige Chemie. Im April beginnt die Arbeit im Umweltausschuss. Ich wende mich gegen die Tendenz, Chemie pauschal als Gefahr zu brandmarken. Natürlich hat alles, was wirkt, auch eine Nebenwirkung. Die Chemie ist aber ein zentraler Baustein für Fortschritt und unseren erreichten Wohl-

stand, und ohne innovative Chemie wäre die Weiterentwicklung von Materialien und Herstellungsprozessen nicht möglich. Dabei geht es zum Beispiel auch um Gesundheitsversorgung und Klimaschutz. Mit zahlreichen Änderungsanträgen setze ich mich dafür ein, dass diese wichtige Funktion gebührend anerkannt wird. Am 10.

Juli verabschiedet das Parlament eine entsprechende Resolution und formuliert gegenüber der Kommission seine Erwartungen an die kommende Strategie: besserer Schutz von Gesundheit und Umwelt, Anreize zur Entwicklung sichererer, nachhaltiger Alternativen und vereinfachter Handel innerhalb der EU.

Wälder bergen enormes Potential für nachhaltige Zukunft!

Forststrategie im Green Deal

Eine neue Forststrategie hat die Kommission ebenfalls als Teil des Green Deal angekündigt. Sie soll im ersten Quartal veröffentlicht werden. Um auf die Entwicklung Einfluss zu nehmen, arbeitet das Europaparlament an einem Initiativbericht. Die Frist für Änderungsanträge ist im Agrarausschuss der 7. April. Dann wird an Kompromissen gefeilt. Hier arbeite ich als Koordinatorin in enger Abstimmung mit unserem Schattenberichterstatter zusammen. Die Abstimmungen im Ausschuss und Plenum finden erst nach der Sommerpause statt.

Die Biodiversitätsstrategie der EU-Kommission sieht eine Ausweitung der Schutzgebiete von aktuell 26 Prozent

auf 30 Prozent der Landfläche bis 2030 vor. Schutzflächen, auf denen keinerlei Bewirtschaftung erlaubt sein soll, würden nach diesen Plänen von aktuell weniger als drei Prozent auf zehn Prozent ausgedehnt werden. Hier zeigt sich jedoch ein Problem im Zusammenspiel zwischen Klimawandel, Schutzgebieten und Biodiversität. Ein Hauptproblem des Klimawandels ist Trockenheit, die wiederum Waldbrände und die Anfälligkeit für Schädlinge und Krankheiten begünstigt. Die Ausweisung von strengen Schutzgebieten trägt nichts zur Lösung dieser Probleme bei. In einem Schutzgebiet können sich Krankheiten oder Schädlinge wie der Borkenkäfer ungehindert ausbreiten.

Im Gegenteil: Wir müssen Wälder managen, um sie für die Zukunft widerstandsfähig zu machen und die Anpassung an den Klimawandel zu fördern. Dies kommt dann auch dem Erhalt der Biodiversität zugute, denn diese kann nur in gesunden Wäldern florieren. Die Kommission betrachtet die Wälder hauptsächlich als CO₂-Speicher und lässt ihre multifunktionale Rolle außer Acht. Damit lässt der Green Deal eine Riesenchance ungenutzt. Die Wälder haben ein enormes Potential und könnten in viel größerem Umfang positiv zu einer nachhaltigen Zukunft beitragen. Sie spielen beispielsweise eine wichtige Rolle in der Bioökonomie und beim Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter.



Mit unseren ambitionierten Zielen zum Schutz des Klimas, der Umwelt und auch der Gesundheit sind wir auf Innovation in der Chemie angewiesen.

Wir müssen deshalb in der EU ein regulatorisches Umfeld schaffen, das innovative Chemie begünstigt und ermöglicht.

Niemanden zurücklassen

Petition für die Belange von Behinderten in Corona-Krise

Am 19. Mai behandelt der Petitionsausschuss eine Petition von Inclusion Europe, die das Augenmerk auf die Lage von Menschen mit geistiger Behinderung während der Corona-Krise lenkt. Ich fordere von der EU mehr Einsatz für deren Rechte. Wir brauchen eine bessere finanzielle und strukturelle Unterstützung von Betroffenen und deren Familien, die besonders verwundbar sind. Aufgrund der Corona-Regelungen erhalten viele Menschen mit Behinderung keine Therapie oder individuelle Unterstützung mehr. Sie sind ganz besonderem Risiko ausgesetzt im Kontext von Triage-Leitlinien (Entscheidungen über Leben und Tod, wenn z. B. nicht ausreichend Beatmungsgeräte zur Verfügung stehen sollten). Die Trennung von Angehörigen und Bezugspersonen durch Quarantäne- und Social-Distancing-Maßnahmen verursacht schwere gesundheitliche Beeinträchtigungen. Im Bereich der inklusiven Bildung ist Corona ein schwerer Rückschlag.

Die Wahrung der Grundrechte jedes einzelnen Menschen ist die Verantwortung der EU und ihrer Mitgliedsstaaten. Sie müssen garantieren, dass die Verpflichtungen aus dem UN-Vertrag über die Rechte von Menschen mit Behinderungen respektiert werden: Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung, gleichberechtigte Teilhabe an der Gemeinschaft, an Bildung und am Arbeitsleben (Inklusion). Insbesondere das Recht auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit wird unter Corona nicht gewährt. Wir müssen uns auf künftige Krisen dieser Art viel besser vorbereiten: Die EU darf keinen einzigen Menschen zurücklassen.

Bessere Konzepte für landwirtschaftliche Familienbetriebe! Green Deal-Strategien zur Biodiversität und Farm-to-Fork

Die Strategien zur Biodiversität und „Farm-to-Fork“ (vom Anbau bis zum Teller) sind Teil des Green Deal. Sie sollten im März veröffentlicht werden, haben sich aber durch Corona verzögert und erscheinen letztendlich am 29. Mai. Diese Strategie wird die Grundlage für

die Arbeit an einer Vielzahl von Gesetzen und nicht-legislativen Maßnahmen in den kommenden Jahren darstellen. Bereits am 13. Februar habe ich mich in der Plenardebatte zu Wort gemeldet und meine Sorge zum Ausdruck gebracht, dass „Farm-to-Fork“ nur mehr Auflagen bringen wird, nicht aber nennenswerte Unterstützung. Weiterhin kritisiere ich die pauschale Ausweitung von Schutzgebieten und die verpflichtende Stilllegung von landwirtschaftlichen Nutzflächen als Biodiversitätsflächen. Wenn der Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln reduziert werden soll, dann lassen sich Erträge nur mithilfe massiver Technologisierung auf demselben Niveau halten, was hohe Kosten verursacht. Die Kommission scheint kein Konzept für das wirtschaftliche Überleben kleiner landwirtschaftlicher Familienbetriebe zu haben. Die GAP gibt es nicht her, Gelder in dem Umfang umzuschichten, dass die kleinen Betriebe auch tatsächliche Unterstützung erfahren würden. Wenn man es mit der Transformation der Landwirtschaft ernst meint und nicht gleichzeitig die bäuerliche Landwirtschaft abschaffen will, müssen hier andere Instrumente genutzt werden. Positiv sind Nachbesserungen bei der Lebensmittelkette und der Verbraucherverantwortung. Eine harmonisierte Grundlage für freiwillige Angaben (sogenannte „Green Claims“) sind ein echter Mehrwert für Verbraucher.

Eco-Schemes für nachhaltige Lebensmittelproduktion Online-Konferenz der Renew Europe-Gruppe

Unter meiner Federführung läuft am 10. Juni eine Online-Konferenz zu den Eco-Schemes, die ja für die GAP eine große Rolle spielen.

Eco-Schemes sind innovative, leistungsorientierte und lokal angepasste Instrumente, um das Einkommen von Landwirten zu stützen.

Für die Renew-Gruppe präsentiere ich unseren Ansatz bei den Eco-Schemes, bevor ich mit Experten verschiedener europäischer Forschungseinrichtungen in die Diskussion über ihren Wert für eine nachhaltige und resiliente europäische Nahrungsmittelproduktion einsteige.

Die Aufzeichnung der Konferenz ist hier [auf Youtube verfügbar](#):



Ich bin stolz, dass Renew Europe den Weg ebnet für eine europäische Agrarpolitik, die die Produzenten im Übergang zu einer modernen und grünen Landwirtschaft unterstützt.

Dieses Modell, das Leistung und Ergebnisse honoriert, ist einer der Eckpfeiler der GAP-Reform. Durch zielgerichtete Umweltprogramme und Investments können wir den Sektor nachhaltiger, wettbewerbsfähiger und zukunftssicherer machen.

Wir müssen Landwirte motivieren, statt sie durch bürokratische Regelungen ohne konkreten Nutzen zu frustrieren. Wir wollen sie anregen und belohnen für ihre Verdienste um die Umwelt, das Klima und das Tierwohl.

Juli 2020

Hundertjährige Tradition retten! Jugendherbergen in Europa leiden unter Corona

Unsere Jugendherbergen haben fast 100 Jahre in Europa wichtige Dienste geleistet. Doch Corona hat sie schwer getroffen. Dass Privatreisen wieder möglich sind, kann nicht wettmachen, was den Jugendherbergen wegbricht: Klassenfahrten und Jugendfreizeiten. Viele Jugendgästehäuser sind in finanzielle Not geraten. Und nicht alle europäischen Nationen sind in der Lage oder auch bereit, hier finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die EU hat über viele Jahre grenzüberschreitende, europaweite Lernerfahrungen möglich gemacht. Das dürfen wir nicht verlieren!

So habe ich mich bei der Kommissarin für Innovation und Jugend, Mariya Gabriel, für die Jugendherbergen eingesetzt. Und ich werde im Parlament dafür kämpfen, dass die Förderungen für DiscoverEU und Erasmus+ nicht zusammengestrichen werden! Für europaweites Leben und Lernen brauchen wir die Infrastruktur der Jugendherbergen!

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft Europa resilienter und unabhängiger machen

Am 8. Juli stellt Bundeskanzlerin Angela Merkel ihr Programm für die EU-Ratspräsidentschaft im Plenum des Europaparlaments vor. Als agrarpolitische Sprecherin der Renew Europe-Fraktion fordere ich die deutsche Präsidentschaft auf, sich für die Zukunft Europas engagiert einzusetzen. Europa muss dringend widerstandsfähiger und unabhängiger von anderen Staaten werden. Wir sollten unsere Anstrengungen verstärken, um hochwertige

und erschwingliche Lebensmittel und eine ununterbrochene Nahrungsmittelkette aus Europa für Europa zu gewährleisten. Wir müssen die richtigen Anreize schaffen, um die Herausforderungen des Klimawandels gemeinsam zu bewältigen.

Jetzt ist der richtige Moment, um die Grundlage für Europas langfristige Zukunft zu legen. Die deutsche Ratspräsidentschaft darf diese Chance nicht verpassen.

»

Frau Bundeskanzlerin, wir brauchen Sie an unserer Seite: Bitte unterstützen Sie den freien Binnenmarkt, bitte setzen Sie sich für ein starkes Budget ein, sorgen Sie für gleichwertige Bedingungen im globalen Wettbewerb und Rechtssicherheit für die Landwirte.

Mit einer starken und leistungsfähigen Agrarpolitik können wir auch künftigen Krisen die Stirn bieten.

Das Europäische Kolleg für Chancengleichheit Geschlechtergerechtigkeit und Ehrenamt

Mitte Juli werde ich zur Ersten Vorsitzenden des Europäischen Kollegs für Chancengleichheit gewählt. Gemeinsam mit Mitstreiter*innen habe ich das Kolleg als Verein zur Förderung von Geschlechtergerechtigkeit und ehrenamtlichem Engagement im Kempten gegründet. Wir wollen mit vielfältigen Bildungs- und Coachingangeboten Frauen für ein Engagement in Politik und Gesellschaft ermächtigen und setzen uns für Gleichberechtigung ein. Wir verfolgen einen pragmatischen Ansatz, indem wir als Dachorganisation ab 2021 europaweit Bildungsangebote machen. Diese richten sich vorwiegend an Frauen, die sich aktiv in der Öffentlichkeit engagieren wollen, zum Beispiel in politischen Mandaten oder verantwortungsvollen Positionen im Ehrenamt, oder die in Wirtschaft und Wissenschaft aufsteigen möchten. Sie vermitteln praktische Kenntnisse und sollen Frauen für öffentliches Wirken ermächtigen. Neu und einzigartig ist der europäische Netzwerkgedanke in Verbindung mit regionalen Vor-Ort-Angeboten, gerade auch in ländlichen Räumen.



Fürs EKFC habe ich meinen Werdegang nachvollzogen: vom Einheiraten auf einen Hof im Allgäu bis hin zu meinem Mandat im Europaparlament. Da kann man einige Dinge erzählen über Chancengleichheit und die Erfahrungen als Frau im politischen Betrieb!

[Den Link zum Video finden Sie hier](#) 



Aus dem Teich statt aus Übersee Fischerei und Teichwirtschaft

Auf einer Fachtagung zu Fischerei und Teichwirtschaft beraten wir über die Lage der Fischer und Teichwirte in Bayern. Druck machen der Klimawandel, die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie und Prädatoren wie Fischotter und Kormorane. Es gibt zahlreiche EU-Hilfspakete, aber die kommen meist nur Meeresfischern zugute. Ich will im Europaparlament entsprechende Anträge einbringen, um den Teichfischern eine Stimme in der EU geben und sie bei der anstehenden GAP-Reform bei den Direktzahlungen reinzubringen.



Planungssicherheit und Solidarität

Historische Entscheidung über Finanzen der EU

Am 21. Juli wird ein historisches Finanzpaket in nie dagewesener Höhe vereinbart. Mit der Einigung auf das Investitionsprogramm "Next Generation EU" und den Mehrjährigen Finanzrahmen bis 2027 entstehen verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen. Der solidarische Wiederaufbaufonds stellt 750 Milliarden Euro für die Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie bereit, der

Mehrjährige Finanzrahmen umfasst ein Budget von rund 1.000 Milliarden Euro, wovon etwa 1,3 Milliarden zusätzlich nach Deutschland fließen. Das schafft Planungssicherheit, gerade bei den Programmen für den ländlichen Raum. Zugleich geht es um weit mehr als nur Finanzhilfen. Für mich stehen europäische Verlässlichkeit und Solidarität im Mittelpunkt. Europa kann sich nur als Ganzes weiterent-

wickeln und seine Zukunft mit und nach Corona positiv gestalten. Wir haben Reformbedarf, um für künftige Krisen besser gewappnet zu sein.

Das EU-Budget muss eine gute Zukunft für alle Europäer sicherstellen. Ich achte nach wie vor scharf auf Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, und auch bei den Anstrengungen für den Klimaschutz dürfen wir nicht nachlassen.

RESOLUTIONSANTRÄGE

Resolutionsanträge kommen zu bestimmten Themen auf den Tisch, entweder auf Initiative eines Komitees, einer politischen Gruppe oder von mindestens fünf Prozent der Abgeordneten. Im Plenum wird über sie abgestimmt. Ich war an folgenden Resolutionsanträgen beteiligt:

- Zu Menschenrechtsverletzungen und Einschränkung der freien Religionsausübung in Burkina Faso, zum vermuteten sexuellen Missbrauch von Jungen in der afghanischen Provinz Logar sowie zur Lage der Uiguren in China (Dezember 2019)
- Zur Gewalt gegen Demonstranten in Guinea sowie zur Kinderarbeit in Minen auf Madagaskar (Februar 2020)

Die Anträge sind hier [🔗](#) zu finden:



SCHRIFTLICHE ANFRAGEN

Schriftliche Anfragen sind ein Werkzeug der parlamentarischen Kontrolle. Jede/r Abgeordnete kann eine bestimmte Zahl von Anfragen an verschiedene hohe Vertreter der EU richten, mit der Bitte um eine schriftliche Antwort.

Meine schriftlichen Anfragen an die Kommission betrafen folgende Themen:

- Kompatibilität mit EU-Gesetzgebung im Falle der Verwendung von borkenkäferbelastetem Holz für öffentliche Bauaufträge sowie die Kompatibilität von Nahrungsmittel-Etikettierung (September 2019)
- US-Zölle für den Weinbau (Oktober 2019)
- Intensive Schweinezucht in bestimmten Mitgliedsstaaten (Februar 2020)
- Unterstützung für europäische Bergbauern (März 2020)
- Covid-19-bedingte Reduzierung der Schlachtkapazitäten und die Konsequenzen fürs Tierwohl (Juli 2020)
- Gesetzgebung zur Tiergesundheit (September 2020)

Alle schriftlichen Anfragen sind hier [🔗](#) nachzulesen:



BEITRÄGE ZU PLENARDEBATTEN

Als Parlamentarierin habe ich in den Plenarsitzungen des Europaparlaments folgende Reden gehalten oder schriftliche Erklärungen abgegeben:

- Die Gefährdung des Status der ehrenamtlichen Feuerwehr in der EU, die Situation der europäischen Wälder sowie die Patentierung von Pflanzen und grundlegenden biologischen Prozessen (September 2019)
- Die verheerenden Buschfeuer in Australien und andere extreme Wetterereignisse als Folgen des Klimawandels sowie der europäische Green Deal (Januar 2020)
- Farm-to-Fork Strategie: Die Schlüsselrolle von Landwirten und ländlichen Gegenden (Februar 2020)
- Wortmeldung zur Präsentation der deutschen EU-Ratspräsidentschaft von Bundeskanzlerin Angela Merkel (Juli 2020)

Alle Beiträge sind hier [🔗](#) nachzulesen:



IMPRESSUM

ULRIKE MÜLLER, MEP

Parlement européen
Bât. Willy Brandt 03M103
60, rue Wiertz / Wiertzstraat 60
B-1047 Bruxelles/Brussel

T: +32 2 28 45843
F: +32 2 28 49843
M: ulrike.mueller@europarl.europa.eu

BÜRGERBÜRO KEMPTEN

Ulrike Müller
Salzstraße 12
D-87439 Kempten

T: +49 (0) 8 31 99 09 30 02
F: +49 (0) 8 31 99 09 30 09
M: buero.kempten@fw-europa.com

WEBSITE

Auch über meine Website www.fw-europa.com
informiere ich aktuell .



SOCIAL MEDIA KANÄLE



[/MdE.UlrikeMueller](https://www.facebook.com/MdE.UlrikeMueller)



[/UliMuellerMdEP](https://twitter.com/UliMuellerMdEP)



[/ulrike_mueller_mddep](https://www.instagram.com/ulrike_mueller_mddep)